

Ein Nein für Europa

Von

Heiner Flassbeck

WuM, Juli 2005-05-30

Welch eine Katastrophe! Die Franzosen und Niederländer, obwohl selbst viele Jahrzehnte Profiteure der europäischen Einigung, haben das Unfassbare getan. Mit ihrem Nein zur europäischen Verfassung haben Frankreich und die Niederlande Europa zum Stillstand gebracht, sagen die Polit-Profis. Der Fortschritt sei nationalen Egoismen geopfert worden, die Perspektive einer politischen Union in Europa und der Beitritt einer Reihe von osteuropäischen Ländern seien nun gefährdet, argumentieren die überzeugten und natürlich „guten Europäer“.

Gemach, gemacht. Erstens haben Frankreich und Deutschland Ende Mai vorgemacht, was man jeweils unter Demokratie versteht und Frankreich hat dabei nicht schlecht abgeschnitten. Zweitens und noch wichtiger aber: Wer einen auf einen Abgrund zufahrenden Zug schon fünf Kilometer vor dem Abgrund mit der Notbremse stoppt, hat zwar gegen die Verwaltungsvorschriften verstoßen, womöglich aber mehr Weitblick bewiesen als diejenigen, die entweder nichts vom Abgrund wussten oder lieber erst fünfzig Meter davor die Notbremse gezogen hätten.

Was bedeutet es für die Demokratie in einem Land, wenn eine so tief in die Lebensverhältnisse des Einzelnen eingreifende Gesetzesänderung wie die europäische Verfassung von den höchsten Entscheidungsorganen mit Mehrheiten jenseits der neunzig Prozent durch gewunken und dem Volk jede Möglichkeit einer ernsthaften Auseinandersetzung damit von vorneherein genommen wird? Ist das deutsche Volk sechzig Jahre nach Kriegsende immer noch nicht in der Lage, politische Entscheidungen einmal in die eigenen Hände zu nehmen. Wer die Debatte in Frankreich vor dem Referendum mitverfolgt hat, sieht, dass es schon deshalb sinnvoll ist, ein Referendum bei einer so zentralen Entscheidung anzustreben, weil es nur dann überhaupt eine politischen Auseinandersetzung mit den Inhalten gibt.

Allerdings, werden die Puristen der scheinbar repräsentativen Demokratie einwenden, gelingt es auch in einer solchen Kampagne und bei einer so komplexen Angelegenheit wie der Verfassung niemals, die ganze Palette der Argumente und alle pro's und con's zur Abstimmung zu stellen. Das stimmt. Aber was weiß der durchschnittlichen Deutsche im Vergleich zum durchschnittlichen Franzosen über die Verfassung, nachdem in beiden Ländern, einmal so und einmal anders, entschieden worden ist?

Immerhin sind am 29. Mai mehr als 70 % aller Wahlberechtigten in Frankreich zur Wahlurne gegangen. Wenn – um eine bewusst niedrige Zahl zu wählen - nur zehn Prozent von ihnen sich im Vorfeld ihrer Entscheidung ernsthaft mit der Verfassung auseinandergesetzt haben, dürften sie den Anteil der Deutschen, die ähnlich gut informiert sind, weit in den Schatten stellen. Was in Deutschland systematisch übersehen wird: Die Entscheidung über eine solche Sachfrage dem Volk zu überlassen, heißt, das Volk in einer Weise mit dieser Sachfrage zu konfrontieren, die mit dem üblichen Politbetrieb von gegenseitigen Beschimpfungen im

Parlament und im Wahlkampf nichts zu tun hat. Wenn darüber hinaus, wie in Frankreich geschehen, der Riss durch fast alle Parteien geht, hat der Bürger endlich einmal den Eindruck, dass Demokratie mehr sein kann als das Anhören von adrett aufgemachten Sprechpuppen, die in Talkshows ihre Sprechblasen zum Besten geben.

Auch in der Sache liegen die Franzosen nicht so falsch. Wer sagt, Europa komme jetzt nicht mehr weiter, müsste einmal sagen, wohin es denn eigentlich gehen soll. Eine wirkliche politische Union mit gemeinsamen Wahlen und einer europäischen Regierung will kaum jemand und wirtschaftlich funktioniert Europa schon lange nicht mehr. Was die Politstrategen in Brüssel und in den Hauptstädten vollkommen übersehen: Europa war so lange für seine Bürger auch politisch attraktiv, so lange es wirtschaftlich erfolgreich war. Seit Anfang der 90er Jahre ist das nicht mehr der Fall. Zwar gibt es noch einige kleine Länder, die Nischen ausnutzen und damit erfolgreich sind, die große Masse schleppt sich aber dahin und ist hoffnungslos gegenüber den USA zurückgefallen.

Hinzu kommt, innerhalb Europas klaffen immer größere Lücken zwischen den Ländern in der Währungsunion und denen, wie Großbritannien und Dänemark, die draußen geblieben sind. Nicht die Teilnahme an diesem Kernstück des europäischen Einigungswerkes hat sich ausgezahlt, so hat man den Eindruck, sondern das Fernbleiben. Noch schlimmer, selbst innerhalb der Währungsunion zeigt sich jüngst ein dramatisches Auseinanderlaufen der wirtschaftlichen Entwicklung. Auf der einen Seite stehen Länder wie Deutschland, die binnenwirtschaftlich daniederliegen, außenwirtschaftlich aber ungeheuer erfolgreich sind. Auf der anderen Seite aber steht etwa Spanien, das den umgekehrten Befund aufweist, binnenwirtschaftliche Dynamik und außenwirtschaftliches Zurückfallen. Am schlimmsten ist es dort, wie in Portugal und Italien, wo binnenwirtschaftliche Schwäche sich mit dem inzwischen dramatischen Verlust von Wettbewerbsfähigkeit paart. Wenn dieses Europa nicht begreift, dass man mehr braucht als guten Willen und die richtige europäische Gesinnung, um die Menschen für das Projekt Europa zu gewinnen, dann werden wir noch viele Überraschungen à la France erleben.

Von der Schweiz, dem einzigen Land in Mitteleuropa ganz ohne formale europäische Einbindung, kann man übrigens viel in Sachen direkte Demokratie lernen. Wenn die Politik mit einem Begehren vom Volk abgeschmettert wird, ist die Sache keineswegs endgültig verloren. Man hat die Entscheidung zu akzeptieren und kann nach einigen Jahren, wenn sich die Lage verändert hat oder neue Argumente aufgetaucht sind, durchaus versuchen, mit der gleichen Sache noch einmal die Zustimmung des Volkes zu finden. Also, ihr Europafreunde, auf zu neuen Taten. Die wirtschaftliche Lage ideologiefrei analysieren, die Währungsunion zum Erfolg führen, die Amerikaner und Briten überholen und die Verfassung auf Wiedervorlage: 1. Juni 2015.